



## ARBEITSZEIT

# Lebensarbeitszeit – Ideenwettbewerb

Von Rüdiger Seidenspinner, stellvertr. Landesvorsitzender

**Kaum ein Thema wird derzeit in der Gesellschaft und in der Polizei wohl mehr und kontroverser diskutiert als die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Kaum ein Fakt, kaum eine Befindlichkeit die zu diesem Thema nicht schon geäußert wurde.**

**Dies liegt natürlich auch oder insbesondere daran, dass Betroffene ganz anders an dieses Thema herangehen, als Außenstehende – die aber, und darüber müssen wir uns alle im Klaren sein, letztendlich die Rahmenbedingungen setzen.**

**Die Themen Arbeitszeit als Ganzes und Lebensarbeitszeit im Besonderen sind schon lange Hauptthemen der GdP. Zahlreiche bundes- und landesweite Arbeitsgruppen und deren Ergebnisse zeugen davon. Leider sind diese nicht immer so in der Wahrnehmung der Kolleginnen und Kollegen präsent.**

**K**nackpunkt der Lebensarbeitszeitdiskussion aus Sicht der GdP sind die gesundheitlichen Belastungen des Polizeidienstes insbesondere des Schichtdienstes.

Hierzu gehören neben dem landeseinheitlichen Schichtdienst, der Dienst in den Einsatzhundertschaften und in den Sondereinsatzkommandos aber auch Sonderdienste, wie z. B.: bei der Mobilien Rauschgiftfahndung, der regelmäßig unregelmäßige Dienst in Sonderkommissionen und die Bereitschaftsdienste.

## Planungssicherheit?

Grundlage der laufenden Diskussion ist eine gewisse Planungssicherheit, deshalb können Neuerungen und Änderungen erst in der Zukunft greifen z. B. für Kolleginnen und Kollegen ab Geburtsjahr 1957. Wer das 50. Lebensjahr erreicht hat, sollte seinen Eintritt in den Ruhestand verlässlich wissen; dies hat auch etwas mit Fürsorgepflicht zu tun.

Dies ist ein Ansatzpunkt den es zu berücksichtigen gilt, denn die Wirkung, im Sinne von Auswir-

kung, ist oft erst viele Jahre später zu spüren.

## Gesundheitliche Perspektiven

Alle Dienste bei der Polizei unter einen Hut zu bringen ist schier unmöglich, aber es muss der Versuch unternommen werden bestimmte Parameter zu finden, die der Betrachtung aus der gesundheitlichen Perspektive gerecht bzw. am gerechtesten werden.

Als Einstieg in die Diskussion haben wir als GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg, ein

## „Diskussionspapier“

aufgelegt.

Dieses Papier beinhaltet zunächst, sozusagen als Grundlektüre, zwei bundesweit beschlossene Positionspapiere der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu den Bereichen:

- „Mindeststandards für den polizeilichen Schichtdienst“
- „Eckpunkte zur Faktorisierung der Schichtarbeit“



Rüdiger Seidenspinner

sowie ein

- Schreiben der GdP Baden-Württemberg aus dem Jahre 2004, an alle im Landtag Baden-Württemberg vertretene Fraktionen, sowie den Ministerpräsidenten und das Innenministerium. Zielrichtung war, bezüglich dieses Themas zu sensibilisieren und eine Neuregelung des Zusatzurlaubes für den Nachtdienst, insbesondere unter dem Gesundheitsaspekt, zu initiieren.
- Diskussionspapier zur „Berechnung“ der Lebensarbeitszeit bei der Polizei mit dem Ziel, ggfs. neue Wege zu gehen.

In dem Papier wird ein für die GdP gangbarer Weg zur Diskussion gestellt, um die Belastungen, die durch Nachtdienst bzw. ständig unregelmäßigen Dienst entstehen, gegebenenfalls auszugleichen.

## Ideenwettbewerb

Ein Diskussionspapier lebt von Beiträgen, Ergänzungen, Hinweisen und Kritik.

Deshalb lädt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg alle Kolleginnen und Kollegen zu einem **Ideenwettbewerb** ein.

Innovation ist ein Zukunftsfaktor – Zukunft kann man nur gestalten, wenn man sich ihr stellt.

Deshalb ist jeder/jede aufgefordert an der Diskussion teilzunehmen und seine/ihre eigene Zukunft mitzugestalten – denn wir wollen uns dieser Herausforderung stellen.

Das „Diskussionspapier“ könnt ihr entweder über die jeweilige Kreisgruppe bekommen oder unter [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de) – Lebensarbeitszeitdiskussion „downloaden“.

Als Dankeschön für die Teilnahme am Ideenwettbewerb erhält jeder Einsender/jede Einsenderin ein kleines Präsent.

Dass für Änderungen und Neuerungen gegebenenfalls auch gesetzliche Grundlagen zu ändern wären, versteht sich von selbst. Die anstehende Übertragung der Zuständigkeit hinsichtlich Besoldung und Versorgung auf die Länder eröffnet diesbezüglich ungeahnte Möglichkeiten.

**Ideen, Anregungen, Ergänzungen und Meinungen einfach an**

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)  
Landesbezirk  
Baden-Württemberg  
Maybachstraße 2  
71735 Eberdingen**

oder  
**Lebensarbeitszeit@gdp-bw.de**

Wir freuen uns auf eure Beiträge. **RSeid**

# Immer noch kein Fortschritt

Will oder kann Herr Oettinger keinen Einfluss geltend machen?

**Dass ein Ministerpräsident mit zwei schwelenden Tarifkonflikten im Öffentlichen Dienst in eine Landtagswahl geht, das ist sicher einmalig in Deutschland. Ob dies aufgrund eigener Stärke so lief oder weil unser Ministerpräsident im Konzert der Regierungschefs der CDU-Länder bisher nur die „dritte Geige“ spielt? Jeder darf sich seine eigene Meinung dazu bilden.**

Ich hätte dieses „Aussitzen“ von Herrn Oettinger so nicht erwartet – aber das Wahlergebnis



Josef Schneider

lässt alle Deutungen zu. Gegebenenfalls auch die, dass die Betroffenen einfach weggeblieben sind und sich in die große Zahl der Nichtwähler eingereiht haben. Immerhin haben in diesem Land im Vergleich zur Wahl 2001 281 025 Bürgerinnen und Bürger weniger die CDU gewählt. Eine Tatsache, die kaum irgendwo in der politischen Diskussion bisher registriert wurde. Selbst wenn man alle Zugewinne der FDP (54 305 Stimmen) vom Verlust der CDU abzieht, hat die Regierungskoalition einen Stimmenverlust von 226 720 Stimmen hinnehmen müssen. Nur dem Umstand des noch größeren Stimmenverlusts für die SPD ist es zu verdanken, dass alles so ausgegangen ist, dass wir mit einer Neuauflage dieser Koalition rechnen müssen.

## Ein eindeutiges Zeichen wurde erwartet!

Ich habe Herrn Oettinger Mitte März – rechtzeitig vor dem Wahlsonntag – u. a. geschrieben: „Wenn man keinen „Flächentarifvertrag“ für alle Länder will, die der TdL noch angehören, dann muss man dies öffentlich sagen. Dann haben wir eine neue Lage, auf die sich auch die Gewerkschaften einstellen müssen. Damit würde aber sicher nichts einfacher werden.“ Mit dem Schreiben habe ich auch die Bitte geäußert, dass unser Ministerpräsident zugunsten der Beschäftigten des Landes sein ganzes Gewicht in die Tarifverhandlungen einbringen möge, weil wir uns nicht vorstellen können, dass Baden-Württemberg in der TdL nicht gehört würde. Die Beschäftigten des Landes erwarteten von ihrem Ministerpräsidenten gerade zwei Wochen vor der Landtagswahl ein eindeutiges Zeichen. Dieses Zeichen ist aber offenkundig ausgeblieben!

## Öffnungsklauseln für Arbeitszeit und Sonderzuwendung

In seiner leider erst am Montag nach der Wahl eingegange-

nen Antwort, erweckt der Ministerpräsident allerdings den Eindruck, dass er weiter an einem Abschluss innerhalb der TdL interessiert sei. Allerdings wohl nur dann, wenn es innerhalb des Flächentarifvertrags Öffnungsklauseln für die Regelungsstatbestände Arbeitszeit und Sonderzuwendung gäbe, die es den Tarifpartnern ermöglichen, der unterschiedlichen Situation in den Ländern Rechnung tragen zu können.

Wenn die Gewerkschaften diesem Ansinnen folgen würden, dann könnte man analog zu der zu erwartenden Entscheidung, mit der Föderalismusreform alle Zuständigkeiten des Besoldungs- und Versorgungsrecht den Ländern zu übertragen, auch gleich die TdL zur Geschichte erklären und in den Ländern eigene Tarifabschlüsse versuchen.

Wie sich Herr Oettinger in die laufenden Tarifverhandlungen eingebracht hat oder vielleicht auch noch einbringen wird, sollte kein Geheimnis in diesem Land bleiben.

josch



Deutsche  
**Polizei**

### Ausgabe:

Landesbezirk Baden-Württemberg

### GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen

Telefon (0 70 42) 8 79-0

Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11

E-Mail-Adresse:

[info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)

Internet: <http://www.gdp-bw.de>

### Sozialwerk der Polizei:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0

Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22

E-Mail-Adresse:

[Info@psw-reisen.com](mailto:Info@psw-reisen.com)

Internet: <http://www.psw-reisen.com>

### Redaktion:

Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)

Weissensteiner Straße 79

73525 Schwäbisch Gmünd

privat: (0 71 71) 6 13 85

Telefax: (0 71 71) 6 95 26

Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63

E-Mail: [wschmi@t-online.de](mailto:wschmi@t-online.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE

POLIZEILITERATUR GMBH

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon (02 11) 71 04-1 90

Telefax (02 11) 71 04-1 74

Anzeigenleiter: Daniel Dias

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29

vom 1. Januar 2005

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Postfach 14 52, 47594 Geldern

Telefon (0 28 31) 3 96-0

Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

## TERMINE

# Einladung PP Stuttgart

Die KG PP Stuttgart führt am Mittwoch, dem 24. 5. 2006, ab 13.00 Uhr im „Blick Solitude“ in Stuttgart-Weilimdorf ihre Jahreshauptversammlung durch.

Die Mitglieder der Kreisgruppe sind dazu herzlich einge-

laden. Neben unserem Landesvorsitzenden Josef Schneider hoffen wir auch, den neuen Präsidenten des PP Stuttgart, Siegfried Stumpf, begrüßen zu können.

W. B.



**Mach(t) Dich stark!**

Landesdelegiertentag

16. bis 18. Mai 2006

## REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

**Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „Juni 2006“ ist Montag, der 8. Mai 2006, und für die „Juli-Ausgabe 2006“, Mittwoch, der 7. Juni 2006.**

FÖDERALISMUS

# „Quo vadis“ Beamtenrecht?

**Die geplante Föderalismusreform sieht eine weit reichende Änderung der Gesetzgebungszuständigkeit für das Beamten- und Versorgungsrecht vor. Die Zuständigkeit für das Besoldungs- und Versorgungsrecht soll durch eine Grundgesetzänderung auf die Länder übertragen werden.**

**Am 15. März fand im DGB-Gewerkschaftshaus eine Podiumsdiskussion zum Thema Föderalismus statt. Die Veranstaltung wurde mit dem Zitat „Ist der Weg auch steinig, Hauptsache wir sind uns einig!“ eröffnet.**

**F**inanzminister Gerhard Stratthaus erörterte, welche Probleme uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Es gehe darum, einen schlanken aber schlagkräftigen Staat zu entwickeln, in dem das Berufsbeamtenum der Kern des öffentlichen Dienstes sein wird. Hierbei soll Gutes beibehalten und weiterentwickelt werden. Eine Abschaffung des Beamtenums komme nicht in Frage.

## Anreize

Durch die abnehmenden Stellenzahlen müssen laut Stratthaus Anreize über eine Leistungsbezahlung geschaffen werden.

**Zitat: „Warum soll Bezahlung nicht im Süden höher sein, dass wäre richtig!“**

Hierzu musste sich der Finanzminister anhören, dass keiner da-

rauf vertraue, dass dies so umgesetzt werden wird. Insbesondere in Baden-Württemberg habe man bisher andere Erfahrungen sammeln können.

Stratthaus meinte weiter, dass es keine Spirale nach oben, aber auch keinen Wettbewerb nach unten geben wird. Den Beamten sei in letzter Zeit viel zugemutet worden. Es könne dennoch niemand bestreiten, dass die tatsächliche Lebensarbeitszeit aus verschiedenen Gründen höher geworden ist.

## Eingangsstufen / Erfahrungsstufen

Als weiteren, wichtigen Punkt fügte Stratthaus an, dass die derzeitige Verfahrensweise beim Länderfinanzausgleich überprüft werden müsse. Fest stehe, dass wir in zehn Jahren mit viel weniger Beamten die Aufgaben im

Staat zu erledigen haben. Umso mehr müsse eine leistungsorientierte Besoldung über die Leistungsstufen und über Beförderungen geregelt werden. Es darf aber laut Stratthaus zu keinen Mehrkosten führen. Vorstellbar wäre ein Modell mit Eingangsstufen und Erfahrungsstufen. Damit könne eine Verlagerung zu Gunsten der Anfangsgehälter vollzogen werden. Man kann die notwendigen Strukturveränderungen durch Locken oder Treiben mit der Peitsche erreichen.

## Eckpunktepapier

Wie das Land Baden-Württemberg diese Veränderungen vornehmen möchte, ist im Detail noch nicht festgelegt worden. Als sicher gilt, dass vieles vom Eckpunktepapier übernommen werden soll bzw. der Maßstab sehr eng an das Eckpunktepapier angelegt wird.

Derzeit belaufen sich die Personalkosten um mehr als 50% bei den Haushaltsausgaben. Das macht deutlich, warum die Veränderungen und der Stellenabbau als notwendig erachtet werden.

## Funktionierendes Beurteilungssystem?

Zur Unterstreichung seiner Ausführungen verwies Stratthaus darauf, dass man eine starke Leistungskomponente und ein funktionierendes Beurteilungssystem benötigt. Eine Leistungskomponente enthält auch der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

**Eine Bezahlung auf die Stelle hält Stratthaus für nicht sinnvoll und sagte, dass an der Amtsbesoldung festgehalten wird.**

Wenn es aber in konkrete Planungen geht, wird mit allen betroffenen Gewerkschaften und Personalräten gesprochen, so Stratthaus.



Die Runde der Diskutanten

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

### Personal und Aufgaben sollen verringert werden

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Dr. Scheffold, schloss sich in seinem Statement an die Aussagen des Finanzministers Stratthaus an und verstärkte diese damit, dass er darauf hinwies, dass Aufgaben und Personal verringert werden müsse. Wir haben im Land gute Arbeitnehmer und die werden im Wettbewerb stehen.

Als wichtigste Aussage und unter großem Beifall wies Dr. Scheffold darauf hin, dass erst das verlässliche Vertrauen in die Politik wieder hergestellt werden muss.

### Nivellierung, in welche Richtung

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Drexler, bestätigte, dass die Föderalismusvorlage ohne Veränderung übernommen werden soll. Auch Drexler ist sich sicher, dass es eine Nivellierung nach unten nicht geben wird. Das Papier sei sehr bedeutsam, um die Umsetzung müsse dennoch gestritten werden. Drexler ging kurz auf den Privatisierungsstreit ein und forderte die Landesregierung auf, ein formales Beteiligungsverfahren für Beamte zu entwickeln und in die tatsächliche Umsetzung zu bringen. Es dürfe nicht gleich gehandhabt werden, wie bei der Umsetzung der Verwaltungsreform. Da habe man genug Fehler gemacht.

### Am Beamtentum festhalten!

Ebenso möchte der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Ulrich Noll, am Beamtentum festhalten. In welchem Umfang dies erforderlich ist, wird in der Diskussion bleiben. Es sei nicht die Frage, wie viele, sondern wie gute Beamte werden benötigt. Der Wettbewerb, der sicherlich durch den Föderalismus in den Län-

dern entsteht, ist positiv zu sehen und muss mit allen Risiken die entstehen könnten übernommen werden. Es dürfe aber keine Sonderopfer mehr für Beamte geben, soll Noll. Weiter erwähnte Noll, dass insbesondere bei der Aufgabenkritik die Beschäftigten selbst die besten Berater sind und fasst nochmals zusammen, dass alle zum Modell Eckpunktepapier stehen. Es darf nicht als Risiko, sondern als Chance gesehen werden. Es müssen wirtschaftlich vergleichbare Wege gegangen werden. Ob zur Personaleinbindung eine Änderung des LPVG angesagt ist, muss noch offen diskutiert werden. Hierzu hat sich die FDP noch keine feste Meinung gebildet.

### Konsens für „Zweigeteilte Laufbahn“

Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, erwähnte ebenfalls, dass alle den Föderalismus wollen. Ein Konsens für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn sei vorhanden. Der Einstieg in A 7 und A 8 wird nicht mehr als geeignet angesehen. Es sei weiter bekannt, dass Kretschmann kein Anhänger vom Beamtentum sei. Laut Kretschmann gehe man mit dem Thema nicht ehrlich um. Der Beamte ist bei der Einstellung 25% billiger und die Rechnung kommt nach 30 Jahren.

Weiter soll die Reform nach dem Leitgedanken des Eckpunktepapiers umgesetzt werden, meinte Kretschmann. Er erachte die Einführung der Bürgerversicherung als notwendig und auch hierbei gibt es das Problem mit dem Beamtenstatus.

### Öffentlicher Dienst ist leistungsstark

Rainer Bliesener äußerte sich als DGB-Vorsitzender kritisch ggü. der beabsichtigten Föderalismusreform. Warum muss Baden-Württemberg immer den Vorreiter spielen?, fragte Bliesener. Man könne auch aus den Erfahrungen von anderen lernen. Der vom Ministerpräsidenten

Oettinger vorgeschlagene Stellenabbau ist in dieser Größenordnung nicht nachvollziehbar.

Weiter wies der DGB-Vorsitzende darauf hin, dass der öffentliche Dienst ein Leistungsprinzip schon hat. Die Leistungskriterien müssen aber nachvollziehbar sein und Zusatzverdienste können nur mit Absprache



Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Rainer Bliesener

mit den Personalräten vollzogen werden. Hierzu ist eine Mitbestimmung und Beteiligung unumgänglich. Derzeit liegt ein Entwurf vor und laut Oettinger bewege sich etwas in dieser Richtung. Es hat sich immer wieder gezeigt, so Bliesener, dass die

Beschäftigten mitgenommen werden müssen.

### Rückstellungen für Pensionen

In der Diskussion über das Beamtentum und die Privatisierung hat sich in der Diskussion ein klares Bekenntnis von allen beteiligten Parteien ein deutliches Bild ergeben. Hier muss nun auch der nächste Schritt folgen.

- Wo sind die Rückstellungen für Pensionen?
- Sollen neue Beamte in das Rentensystem starten?
- Wie kann nach der Ausbildung eine Chancengleichheit außerhalb des öffentlichen Dienstes erreicht werden, um Anerkennung zu finden?
- Wir brauchen einen konkurrenzfähigen Abschluss?

Um nur ein paar aufgeworfene Fragen darzustellen. Hierbei ist die klare Zusage auf ein Beteiligungsverfahren wichtig. Der DGB-Vorsitzende Bliesener schloss sein Statement mit den Worten:

**„Wir wollen mitgestalten und nichts verordnet bekommen.“**

H.-J.

## Merk-würdig!

Damit es alle wissen.

Ministerpräsident Oettinger schrieb in einem Schreiben an den GdP-Landesvorsitzenden:

➤ In diesem Zusammenhang stelle ich nochmals klar, dass es unter meiner Führung keine weitere Erhöhung der Wochenarbeitszeit und keine weiteren Einschnitte in den Landesteil Besoldung geben wird.

➤ Schließlich darf ich Ihnen versichern, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass tarifliche Lohnerhöhungen zeitnah auf den Beamtenbereich übertragen werden.

➤ Der Polizei habe ich einen Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg angeboten, in dessen Rahmen die Polizei die Möglichkeit haben wird, Ressourcen selbst zu erwirtschaften und diese für inhaltliche Maßnahmen und zur Verbesserung der Personalstruktur einzusetzen.

Wir merken uns das und warten einmal die fällige Koalitionsvereinbarung ab. Die GdP ist jederzeit zu konstruktiver Mitarbeit bereit.

josch

KREISGRUPPEN BERICHTEN

# Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Emmendingen

**Anfang 2006 fand in Sexau die Jahreshauptversammlung der GdP, Kreisgruppe Emmendingen, statt. Vorsitzender Hansjörg Frey hatte hierzu als Referenten den GdP-Landesvorsitzenden Josef Schneider gewinnen können. Von politischer Seite war CDU-Landtagskandidat Marcel Schwehr erschienen. MdL Alfred Haas sowie MdL Marianne Wonney waren leider terminlich verhindert.**

Unter den anwesenden Mitgliedern konnte Frey auch den Leiter der PD EM, Kriminaldirektor Manfred Holder sowie dessen Stellvertreterin Kriminaloberrätin Evelyn Tampe begrüßen.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung wurden Ehrungen für langjährige Mitglieder vorgenommen. Es waren dies für:

- 50 Jahre: Klaus Braun**
- 45 Jahre: Jürgen Leitz**
- 25 Jahre: Jürgen Heinemann, Peter Müller, Andreas Weber und Manfred Weber**

**Hansjörg Frey** ließ das Jahr 2005 aus gewerkschaftlicher Sicht Revue passieren.

Sechs Vorstandssitzungen wurden abgehalten, dazu wurde ein Jahresausflug organisiert, was ein voller Erfolg war. Hansjörg Frey hob hervor, dass die Vorstandschaft der KG EM ehrenamtlich, ohne jegliche Vergütung, arbeitet. Für die bisher vorbildlich geleistete Arbeit sprach er den Vorstandskollegen Dank und Anerkennung aus.

**CDU Landtagskandidat Marcel Schwehr** entschuldigte den terminlich verhinderten MdL Alfred Haas. Schwehr bedankte sich insgesamt für die geleistete Arbeit der Polizei. Nach wie vor haben die Bereiche Polizei, Justiz und Bildung hohe Priorität, was ihm auch in ersten Gesprächen mit Ministerpräsident Günter Oettinger so bestätigt und zugesichert wurde. Der eingeschlagene Weg des Dialoges zwischen Gewerk-

schaften und Regierung müsse fortgeführt werden.

**MdL M. Wonney** hatte ein schriftliches Grußwort übersandt, da sie ebenfalls terminlich verhindert war. Dieses wurde vom Vorsitzenden verlesen. M. Wonney erwähnte ausdrücklich, dass die zunehmende Aufgabenlast bei gleichzeitigem Personalabbau nicht mehr hinnehmbar ist. Bei der Landesregierung werde sie sich für die Belange der Polizei einsetzen. Ebenso werde sie sich für den geplanten Erweiterungsbau der Polizeidirektion einsetzen, damit dieser alsbald realisiert werden könne.

## Noch 6000 in A 7/8 besoldet

Der **GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider** machte Ausführungen zur gewerkschaftlichen Situation. Die Polizei BW ist bundesweit am schlechtesten bezahlt. In BW sind noch 6000 Beamte in A 7/8 besoldet. In vielen Bundesländern hingegen beginnt die Polizeibesoldung in A 9, somit 1 bis 2 Stufen höher. Die Landesregierung mache ständig Werbung, dass in BW die Einwohnerzahl ständig zunimmt. Trotzdem werden jedoch bei der Polizei BW Stellen abgebaut.

Das so hochgelobte Eckpunktetpapier setze seinen Schwerpunkt in leistungsgerechter Bezahlung. Diese ist jedoch bei der Polizei BW, in Form von Leistungsstufen, schon längst vorhanden. Die Regierungen haben nur Kosteneinsparungen im Sinn. Eine wirklich leistungsgerechte

Bezahlung wäre gar nicht finanzierbar.

Zum Schluss seiner Ausführungen berichtete Josef Schneider, dass der neue Ministerpräsident ein offenes Ohr für die Polizei habe und deshalb der

Dialog unbedingt gesucht werden müsse.

In der anschließenden Frageunde wurden zahlreiche weitere Themen angesprochen und zum Teil heftig diskutiert.

*Jürgen Albiez*



**Die geehrten GdP-Mitglieder umrahmt vom Kreisvorsitzenden und Landesvorsitzenden, v. l. n. r.: Hansjörg Frey, Jürgen Heinemann, Peter Müller, Klaus Braun, Andreas Weber und Josef Schneider**

### Senioren- stammtisch gegründet

Für den 16. März 2006 hatte die Kreisgruppe PP Stuttgart die Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe zu einem Treffen in das „Blick Solitude“ in Stuttgart-Wolfbusch eingeladen. Es fanden sich 25 Kolleginnen und Kollegen ein, die mit viel Begeisterung den „GdP-Seniorenstammtisch“ gründeten.

Den Anstoß gab der Kollege Olaf Bong bei der KG-Weihnachtsfeier 2005. Unser Pensionärsbetreuer Werner Fuchslocher machte sofort mit und so folgten der Einladung des KG-Vorsitzenden Walter Burkart 25 ehemalige Beschäftigte der Stuttgarter Polizei.

Das große Interesse an einer Begegnung mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zeigte sich in einem intensiven Austausch von Neuigkeiten und Erinnerungen, Vorschlägen für die künftige Gestaltung des Stammtisches und dem Wunsch aller Beteiligten, das Treffen bald zu wiederholen.

Zum nächsten Stammtisch am 1. Juni 2006, 15.00 Uhr, ebenfalls im „Blick Solitude“, wird bereits jetzt eingeladen. **Walter Burkart**



Es ist wieder soweit! Auf geht's zur

### 13. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) Landesbezirk Baden-Württemberg



**ACHTUNG!!! ACHTUNG!!! TERMINÄNDERUNG!!!**

Wann: In der vorletzten Woche der Sommerferien vom Sa. 2. 9. –9. 9. 2006

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Preis: 150 Euro für GdP-Mitglieder und 200 Euro für Nichtmitglieder

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Anmeldeunterlagen anfordern bei  
**Karen Seiter unter [Karen.Seiter@web.de](mailto:Karen.Seiter@web.de) bzw. 0172-7048737  
oder downloaden unter [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)**

## LANDESDELEGIERTENTAG

### Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg

Vom 16. Mai bis 18. Mai 2006 treffen sich die Delegierten der GdP-Kreisgruppen in Baden-Württemberg zu ihrem Landesdelegiertentag im Congress-Centrum Stadthalle in Sindelfingen.

Bei diesem Landesdelegiertentag, der unter dem Motto

**Mach(t) dich stark!**

steht, wird die GdP Baden-Württemberg ihre Ziele bestätigen, bzw. erneuern und die Weichen für die Arbeit der kommenden Jahre stellen.

Innerhalb des Landesdelegiertentags werden Wahlen zum Geschäftsführenden Landesvorstand und den anderen Gremien auf Landesebene durchgeführt. Viele Anträge aus den Kreis-

gruppen warten auf die Bearbeitung und Abstimmung durch die Delegierten.

Die Redaktion der Deutschen Polizei wünscht dem Delegiertentag richtungsweisende Beschlüsse und sagt den Delegierten in Sindelfingen ein herzliches Willkommen.

*Wosch*



**Mach(t) Dich stark!**

Landesdelegiertentag  
16. bis 18. Mai 2006



# Für Schnäppchenjäger



**SOZIALWERK**  
DER POLIZEI GMBH – BW



Neue Partner beim Sozialwerk



Auto Bayer · Renault-Vertragshändler  
Allmendstraße 12  
77948 Friesenheim-Heiligenzell  
Telefon 0 78 21-96 75-0 · Fax 96 75-30

Die Firma Auto Bayer bietet allen Kunden des Polizeisozialwerkes beim Kauf eines PKW der Marke Renault (mit Tageszulassung) einen Nachlass von **bis zu 20 %** (je nach Modell und Aktion).

**Meisterbetrieb**  
**Motorbikes,  
Cars and More**

Inhaber Klaus Nonnenmacher  
Turbinestraße 1  
68309 Mannheim-Käfertal  
Telefon 06 21-718 53 53 · Fax 718 54 09

Die Firma Motorbikes, Cars and More bietet allen Kunden des Polizeisozialwerkes auf Reparaturleistungen einen Nachlass von **15%** pro Arbeitsstunde

Bitte legen Sie bei unseren Partnern Ihre Kundenkarte des Sozialwerks vor.  
Sie wollen noch mehr Schnäppchen machen? Unter [www.sozialwerk-bw.de](http://www.sozialwerk-bw.de) finden Sie alle Partner des Sozialwerks der Polizei BW.

Sozialwerk der Polizei GmbH Baden-Württemberg

Maybachstraße 2 · 71735 Eberdingen-Hochdorf · Telefon 0 70 42/879-0 · Fax 0 70 42/879-211 · [www.sozialwerk-bw.de](http://www.sozialwerk-bw.de) · [info@sozialwerk-bw.de](mailto:info@sozialwerk-bw.de)

Die Schönheiten  
des Salzburger Landes-  
8-tägige Bus-Wander-  
Erlebnisreise vom  
22. bis 29. Juli 2006

## Sommer in den Bergen



Erleben Sie mit uns eine bezaubernde Region Österreichs mit charmanten Gastgebern. Auf dem Weg dorthin erkunden wir Salzburg. Unsere Unterkunft (4\* Hotel Guggenberger) ist ein familiäres und urgemütliches Berghotel mit kleinem aber feinem Wellness-Bereich und ausgezeichneter Küche. Es liegt eingebettet in die wunderbare Berglandschaft um Kleinarl im Salzburger Land. Von hier aus unternehmen wir interessante Wanderungen und Ausflüge in die Region, wie z.B. nach Kaprun und zum Großglockner. Kommen Sie mit uns. Phantastische Natur, kulinarische Spezialitäten und urige Gemütlichkeit erwarten Sie.

Die Preise pro Person imDZ:

ab 947,00 € p.P.

### Tag Beschreibung

1. Busreise aus dem Raum Stuttgart über Salzburg (Stadtführung) nach Kleinarl
2. Halbtageswanderung Jägersee
3. Tagesausflug Kaprun mit Hochgebirgs-Stauseen
4. Halbtageswanderung Mönchsbergbauer-Mühlenweg-Jausenst. „Pröll“
5. Tagesausflug: Großglockner-Hochalpenstraße
6. Wanderung Mauracher Alm-Sonntagskogel
7. Zur freien Verfügung oder optional Halbtagesausflug Lichtenstein-Klamm
8. Besuch der Eisriesen-Welt und Heimreise

Fordern Sie unsere ausführliche Reisebeschreibung an.



**PSW-Reisen**  
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen · Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen

Telefon 0 70 42/879224 · Telefax 0 70 42/879222

Internet: [www.psw-reisen.com](http://www.psw-reisen.com) · E-Mail: [info@psw-reisen.com](mailto:info@psw-reisen.com)

# Aktion Merkposten

Die Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg hat am Freitag, dem 24. März 2006, einen ganzen Tag den „Merkposten“ vor dem Finanzministerium in Stuttgart (Schlossplatz) übernommen. Wie bekannt, beteiligten sich GdP-Kolleginnen und Kollegen seit dem 6. Februar 2006 an den Streikaktionen im öffentlichen Dienst.

In der Auseinandersetzung um die Arbeitszeit, Weihnachts- und Urlaubsgeld wollen die Landesbeschäftigten der Landesregierung mit dieser Gemeinschaftsaktion „Merkposten“ und insbesondere dem Finanzminister ein deutliches Zeichen geben, dass

sich die Beschäftigten auch nach zwei Jahren ohne Tarifvertrag nicht unterkriegen lassen.

Der „Merkposten“ wurde an diesem Freitag von Tarifbeschäftigten des PP Stuttgart und des LKA Baden-Württemberg, die für diesen Tag von der GdP zum Streik aufgerufen wurden, übernommen.

Unsere Bilder zeigen die Kolleginnen und Kollegen der GdP vor dem Finanzministerium in Stuttgart.

Ein kleiner Demonstrationzug der Kolleginnen und Kollegen von der IG Bau besuchte die GdP am „Merkposten“ und überraschte mit guten Ideen. **Wosch**



„Merkposten“ auf dem Stuttgarter Schlossplatz vor dem Finanzministerium am Freitag, dem 24. März 2006



Als Gäste der FH Polizei in Villingen-Schwenningen begrüßte der Rektor Prof. Alexander Pick am 28. März 2006 den geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Baden-Württemberg. Der GLV informierte sich über die Umstellung des Studiums, das in den nächsten Jahren erfolgen soll. Noch mehr als bisher wird das Studium eine konsequente Ausrichtung am Berufsbild der Polizei haben, so der Rektor. Unser Bild zeigt links den stellvert. Landesvorsitzenden Karl-Heinz Strobel und daneben den Rektor der FH Polizei Prof. Alexander Pick.



Der Demo-Zug der IG BAU



Unsere Kollegin Dagmar Hölzl (4. von links) wurde bei der 4. Bundesfrauenkonferenz der GdP in Bayreuth zur Schriftführerin gewählt. Wir gratulieren herzlich zur Wahl.



Während einer GdP-Personalratsschulung an der Akad. Pol. in Wertheim besuchte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner den Mannheimer Kreisgruppenvorsitzenden Thomas Mohr. Thomas Mohr ist auf W-8-Lehrgang und hat sein Zimmer zur GdP-Geschäftsstelle Mannheim, Außenstelle Wertheim, umfunktioniert. Bild: WOK